

Zwischen Freiwilligkeit und Pflicht

Die Dienste der Zukunft

1. Ausgangslage

Deutschland diskutiert erneut über die Einführung einer allgemeinen Dienstpflicht. Dabei geht es um mehr als nur Wehr- oder Zivildienst – es geht um Verantwortung, Solidarität und die Handlungsfähigkeit der Gesellschaft in Krisenzeiten.

Die Aussetzung der Wehrpflicht im Jahr 2011 betraf auch den Zivildienst. Der **Bundesfreiwilligendienst (BFD)** entstand in der Folge als offenes, generationenübergreifendes Format, das die bestehenden Jugendfreiwilligendienste (FSJ, FÖJ u. a.) ergänzt. Er verbindet gesellschaftliche Verantwortung mit persönlicher Bildung und Motivation – und hat sich als **tragende Säule bürger-schaftlichen Engagements** etabliert.

Heute leisten rund 90.000 Menschen jährlich in Freiwilligendiensten unverzichtbare Arbeit u.a. in Pflege, Rettungsdienst, Kinder- und Jugendhilfe, Krankenhäusern und im Bevölkerungsschutz. Diese Erfahrungen zeigen: Engagement lebt von Freiwilligkeit – und Freiwilligkeit ist die Grundlage für eine demokratische und solidarische Gesellschaft.

Der ASB ist sowohl **zentraler Träger von Freiwilligendiensten** als auch **starker Akteur im Bevölkerungsschutz**. Er sieht in der aktuellen Debatte eine Chance, gesellschaftliches Engagement umfassend weiterzuentwickeln.

2. Leitgedanke des ASB: Freiwilligkeit

Für den ASB ist klar: **Ein modernes Dienstsysteem baut auf Freiwilligkeit, Motivation und Bildung – nicht auf Zwang.**

Der Verband spricht sich daher **gegen die Einführung eines allgemeinen Pflichtdienstes** aus und fordert stattdessen die **Stärkung der bestehenden Freiwilligendienste**.

Ein modernes Dienstsysteem bietet jungen Menschen für jegliche Form des Engagements ob nun in Zivilgesellschaft oder Bundeswehr attraktive Wahlmöglichkeiten. In beiden Bereichen leisten Freiwillige einen wichtigen Beitrag zur Stärkung der Gesellschaft.

BFD und **freiwilliger Wehrdienst sollen gleichgestellt** werden – in Anerkennung, Attraktivität, Ausstattung und Bildungszeit.

Der ASB fordert:

- **Erhalt und Ausbau** des Bundesfreiwilligendienstes im jetzigen Format,
- **gesetzliche Gleichstellung** von BFD und freiwilligem Wehrdienst,
- **verlässliche Bundesfinanzierung** für Einsatzstellen und pädagogische Begleitung,

- **Ausbau und Finanzierung der Qualifikationsangebote**, insbesondere in Krisenkompetenz und Resilienzförderung.

3. ASB-Position im Fall eines verpflichtenden Ersatzdienstes

Sollte der Gesetzgeber sich für eine **Wiedereinsetzung der Wehrpflicht und somit auch eines Ersatzdienstes oder für die Einführung eines gesellschaftlichen Pflichtdienstes** entscheiden, kann auf bewährte Strukturen aufgebaut werden. Der BFD bietet bereits das organisatorische Fundament, um **Freiwillige und Pflichtige** gemeinsam einzubinden – ohne neue Bürokratie oder aufwändige Doppelstrukturen.

Für einen möglichen Zivildienst fordert der ASB:

- **Dienstdauer von mindestens 9, idealerweise 12 Monaten**, damit sich Qualifizierung der Dienstleistenden und Bindung an die Einsatzstellen lohnen,
- **Ausbau der Bildungsanteile**, insbesondere zu Resilienz, Demokratieförderung und Krisenbewältigung,
- **Qualifizierungen z.B. in EHSB, Pflegeunterstützung, Zivil- und Katastrophenschutz und andere**
- **Perspektiven langfristiger Bindung** für ein Engagement im Bevölkerungsschutz
- **freie Wahl der Einsatzstellen**, keine Zwangszuweisung,
- **Gleichstellung in Entlohnung, Wertschätzung und Anerkennung** von pflichtigem und freiwilligem Engagement.
- **Anerkennung** eines geleisteten Freiwilligendienstes als **Ersatz für den Grundwehrdienst bzw. Anrechnung eines geleisteten Freiwilligendienstes** auf die Dauer des Grundwehrdienstes
- **Kostengerechtigkeit**, die Finanzierung darf nicht zu Lasten der Träger und Einsatzstellen gehen,
- Entschieden **Entgegenwirken, Zivildienstleistende zur Kompensation des Fachkräftemangels einzusetzen.**

So könnten Freiwillige und Pflichtige **gemeinsam Verantwortung übernehmen** – in einer Struktur, die auf Bildung und Kompetenzentwicklung basiert und nachhaltiges Engagement fördert.

4. Resilienz und gesellschaftliche Handlungsfähigkeit stärken

Klimakrisen, Pandemien und geopolitische Unsicherheiten zeigen: **Resilienz ist mehr als militärische Verteidigungsfähigkeit**. Sie verlangt Voraussicht, Solidarität und die Bereitschaft, füreinander einzustehen.

Der ASB engagiert sich mit seinem **bundesweiten Resilienzprogramm** insbesondere für Krisenvorsorge. Freiwilligendienste leisten in diesem Bereich bereits heute einen wichtigen Beitrag – durch Qualifizierung, Einbindung in lokale Netzwerke sowie als aktive Multiplikatoren.

Der ASB fordert:

- **Verzahnung von Katastrophenschutz-, Sozial- und Bildungspolitik** zur Stärkung gesellschaftlicher Resilienz,
- **bundesfinanzierte Programme** zur Krisen- und Katastrophenbewältigung,
- **Aufbau von Resilienz- und Krisenkompetenzen** als fester Bestandteil der Bildungsarbeit in allen Dienstformaten.

Dienstleistende wirken dabei dreifach:

- als **Multiplikatoren** in ihren Einsatzstellen,
- als **Vermittler** in Familien und Freundeskreisen,
- als **Helfer** in Krisensituationen.

Diese Bildungsinhalte müssen vom Bund anerkannt und finanziert werden – sie sind ein Schlüssel für gesellschaftliche Handlungsfähigkeit.

5. Der ASB als zivilgesellschaftlicher Partner

Mit seiner Erfahrung in Freiwilligendiensten, Bevölkerungsschutz und sozialem Engagement ist der ASB ein zentraler Partner bei der Gestaltung eines modernen Dienstsystems. Er bringt Organisation, Qualifizierung, Beratung und Begleitung zusammen – und verbindet **Engagementförderung mit gesellschaftlicher Verantwortung**.

Der ASB fordert ein abgestimmtes Gesamtkonzept, das:

- bestehende Strukturen und Träger stärkt,
- die Lebensrealitäten junger Menschen berücksichtigt,
- Synergien in Bildung, Beratung und Begleitung von Bundeswehr und Zivilgesellschaft nutzt,
- Engagement als Demokratie- und Bildungsauftrag versteht.

6. Fazit

Der ASB steht für **Freiwilligkeit, Verantwortung und Solidarität**. Wer Menschen stärkt und ihre Bereitschaft zum Engagement fördert, schafft das, was unsere Gesellschaft wirklich schützt: **eine resiliente, solidarische Gemeinschaft**.

Ein modernes Dienstsysteem darf nicht auf Zwang beruhen, sondern auf Motivation und Anerkennung. Wenn Pflicht, dann **mit den bewährten Strukturen des Bundesfreiwilligendienstes** – und mit der Chance, Bildung, Resilienz und gesellschaftlichen Zusammenhalt nachhaltig zu fördern.

Verantwortung kann man nicht verordnen – man muss sie ermöglichen.